

„Perspektive 2035“ | 14.07.2017 | Lesezeit 2 Min.

Steuerloch mit Ansage

Wenn ab Mitte der 2020er Jahre die Babyboomer in den Ruhestand gehen, schlägt sich das auch in sinkenden Einnahmen aus der Einkommenssteuer nieder. Weil gleichzeitig die staatlichen Ausgaben steigen, muss die Politik zügig handeln.

Wenn Deutschland nicht gerade in einer Rezession steckt wie nach der Finanzkrise 2009, dann kennen die Einnahmen aus der Einkommenssteuer nur eine Richtung: nach oben. Im Jahr 2016 zum Beispiel kassierte der Staat fast 185 Milliarden Euro an Lohnsteuer – rund die Hälfte mehr als zehn Jahre zuvor.

Die gute Nachricht für den Fiskus: Dieser Trend wird auch in den kommenden zehn Jahren anhalten. Die schlechte Nachricht: Danach dreht sich der Trend um (Grafik):

Ab 2029 verringert die alternde Bevölkerung die Einnahmen aus der Einkommenssteuer - inflationsbereinigt wächst das demografiebedingte Minus gegenüber 2017 bis 2035 auf fast 15 Milliarden Euro.

Demografie schrumpft Steueraufkommen

Veränderung des Einkommenssteueraufkommens gegenüber 2017 durch den demografischen Wandel in Milliarden Euro



Mit anderen Worten: Mit der Bevölkerungsstruktur von heute wären die realen Einkommenssteuereinnahmen 2035 um 15 Milliarden Euro höher. Diese Zahlen sind das Ergebnis einer IW-Simulation für die Zeit bis 2035 und beruhen auf folgendem Szenario:

Rahmenbedingungen. Die bereits getroffenen politischen Entscheidungen bleiben bestehen. Das heißt, das gesetzliche Renteneintrittsalter steigt bis 2031 schrittweise auf 67 Jahre. Außerdem wird ein allgemeiner Anstieg der Reallöhne von 1 Prozent jährlich unterstellt.

Erwerbstätigkeit. Bis Mitte des nächsten Jahrzehnts steigt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland weiter – danach geht sie zurück: Sind heute noch 41,3 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, werden es im Jahr 2035 nur noch 39,7 Millionen sein.

Da die Bevölkerung aufgrund der hohen Zuwanderung weiter wächst, gleichzeitig aber altert, kommen auf den Staat zusätzliche Ausgaben zu:

Schon 2016 musste der Bund die gesetzliche Rentenversicherung mit fast 90 Milliarden Euro alimentieren – Ende des Jahrzehnts werden es wohl mehr als 100 Milliarden Euro sein.

Doch damit nicht genug: Auch die Pensionen der Beamten sind steuerfinanziert und steigen ab Mitte des kommenden Jahrzehnts deutlich an, ohne dass dafür ausreichend vorgesorgt ist. Zudem erfordert die demografische Entwicklung staatliche Investitionen in die Infrastruktur, die Bildung und die Pflege.

Die derzeitigen Haushaltsüberschüsse wären in einem Demografiefonds gut aufgehoben.

Um der Zwickmühle aus steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen zu entgehen, muss die Politik handeln. Da Steuererhöhungen wegen der ohnehin hohen Abgabenbelastung nicht infrage kommen, bleiben nur Maßnahmen, die die Erwerbstätigkeit steigern. Dazu zählen weitere Anpassungen im Rentensystem, eine bessere Arbeitsmarktintegration von Migranten, eine Erhöhung der Beschäftigungsquote sowie mehr Jobs für Frauen und ältere Menschen.

Und falls die Bundesregierung nicht weiß, was sie mit den derzeitigen Haushaltsüberschüssen tun soll: In einem Demografiefonds, mit dem künftige Belastungsspitzen abgedeckt werden können, wäre das Geld gut aufgehoben.

Kernaussagen in Kürze:

- Normalerweise steigen die Einkommenssteuereinnahmen in Deutschland Jahr für Jahr – so war es in der Vergangenheit und so wird es wohl noch zehn Jahre weitergehen.
- Danach droht jedoch ein demografiebedingter Einbruch der Steueraufkommens: Es wird 2035 um fast 15 Milliarden Euro geringer ausfallen als 2017.
- Um dies aufzufangen, muss die Erwerbstätigkeit weiter steigen – dazu beitragen könnten beispielsweise ein späterer Rentenbeginn und eine bessere Arbeitsmarktintegration von Migranten.